

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Bundesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft**  
**Kreative Deutschland**  
**Mehringdamm 61**  
**10961 Berlin**

## Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017 des Bundesverbandes der Kultur- und Kreativwirtschaft

---

**1.** In den vergangenen Jahren wuchs insbesondere durch die Arbeit der Kultur- und Kreativwirtschaftsverbände in den Städten, Regionen und Ländern Deutschlands sowie durch die Mitglieder des Netzwerks öffentlicher Fördereinrichtungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland die volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Anerkennung der aus vielen Kleinst- und Einzelunternehmen bestehenden Kreativökonomie.

### **Welchen Stellenwert nimmt die Branche im Programm Ihrer Partei ein?**

DIE LINKE sieht in der Kultur- und Kreativwirtschaft einen wichtigen Bereich des Arbeitsmarktes. Auch, weil sich hier die Entwicklung neuer Arbeitsformen und die Rolle selbstständiger Tätigkeiten im Kontext der Digitalisierung exemplarisch beobachten lässt. Denn die Branche zeichnet sich nicht nur durch ihr hohes Innovationspotential aus, sondern auch durch einen im Vergleich hohen Anteil von Selbstständigen und geringfügig Erwerbstätigen. Die Förderung der Kreativen sowie ihre soziale Absicherung und faire Vergütung hat für DIE LINKE in diesem Bereich Priorität.

**2.** Die Initiative Kultur und Kreativwirtschaft der Bundesregierung hat zum Ziel, „die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken und die Erwerbchancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler zu verbessern“ ([www.kultur-kreativwirtschaft.de](http://www.kultur-kreativwirtschaft.de)). Seit Abschluss der Regionalberatungen 2014 findet jedoch keine direkte Förderung der Akteure im Rahmen des Programms mehr statt.

### **Wie beabsichtigt Ihre Partei die vorhandenen Bundesmittel zukünftig einzusetzen, um insbesondere die Akteure vor Ort zu unterstützen?**

DIE LINKE fordert, um Förderung zielgerichtet zu gestalten und die Einkommenslage der Akteure zu verbessern, zunächst die Überprüfung der Wirksamkeit vorhandener Konzepte und Förderprogramme, insbesondere der technologiezentrierte Innovationsbegriff in vielen Förderrichtlinien muss aus unserer Sicht an die Arbeitsrealität vieler Kreativer angepasst werden. Auf Grundlage einer solchen Evaluation und branchenspezifischem Datenmaterial können Fördermittel bei den Akteuren vor Ort effizient eingesetzt werden.

**3.** Zahlreiche Studien zur Branche kommen zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit in Netzwerken für die kleinteilige Branche der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg der Akteure ist. Dennoch erhalten die meisten Netzwerke keine institutionelle Förderung.

### **Welche Position vertritt Ihre Partei beim Thema Netzwerkförderung?**

DIE LINKE fördert die Selbstorganisation von Selbstständigen, den Aufbau und die Vernetzung von Interessenverbänden, damit auch Selbstständige mehr Verhandlungsmacht in Bezug auf Mitbestimmungsrechte, Arbeitszeiten, Vergütung und soziale Absicherung haben. Wir fordern ein Verbandsklagerecht von Selbstorganisationen und Option eines Klagerechts von Gewerkschaften und wollen prüfen, wie wir auf Teilbranchen der Kreativwirtschaft zugeschnittene Förderprogramme auch die Beratungsangebote kleinerer Berufsverbände, mit entsprechend geringen finanziellen Mitteln, unterstützen können.

**4.** Innovationsförderung bezog sich in Deutschland bislang vor allem auf Investitionsförderung bei technischen Innovationen. In der aktuellen Studie über „Ökonomische und verwaltungs-technische Grundlagen einer möglichen öffentlichen Förderung von nichttechnischen Innovationen“ im Auftrag des BMWi liegen „Schwerpunkte der Untersuchung auf der Kreativwirtschaft (z.B. Gamesbranche), der Energiewirtschaft, der digitalen Gesundheitswirtschaft sowie auf weiteren digital industries“ (S.4). Damit werden breiten nichttechnischen und sozialen Innovationen der Kultur- und Kreativwirtschaft eine geringere Priorität eingeräumt.

### **Welchen Fokus legt Ihre Partei bei der zukünftigen Förderung von nichttechnischen Innovationen?**

DIE LINKE fordert im Rahmen einer Evaluation der Förderprogramme im Bereich der Kreativwirtschaft auch den technologiezentrierten Innovationsbegriff in vielen Förderrichtlinien an die Arbeitsrealität vieler Kreativer anzupassen. Die LINKE fordert eine Neu-Definition dieses Innovationsbegriffs und parallel dazu eine entsprechende Umformulierung förderfähiger Aufgaben in den bestehenden Förderprogrammen. Förderprogramme müssen auf die jeweiligen Teilbranchen der Kreativwirtschaft zugeschnitten werden.

---

5. In den vergangenen Jahren fand in Deutschland und Europa eine intensive Auseinandersetzung über den Schutz von Urheberrechten im digitalen Zeitalter statt. Diese Diskussion ist für die Kreativökonomie, zu der sowohl Urhebende (bspw. JournalistInnen, KomponistInnen, TexterInnen) als auch Verwertende (bspw. Blogger, DJs) gehören, von hoher Bedeutung.

**Welche Standpunkte vertritt Ihre Partei in Bezug auf den Urheber und Leistungsschutz?**

DIE LINKE fordert ein durchsetzungsstarkes Urhebervertragsrecht. Kreative brauchen gegenüber ihren Auftraggebern Verhandlungsmacht. Gemeinsame Vergütungsregeln, die von Verbänden der UrheberInnen mit Vertretern der Verwerter ausgehandelt werden, müssen von der Ausnahme zur Regel werden. Das Ergebnis solcher Verhandlungen muss für beide Seiten bindend sein. Die Berufsverbände der Kreativen müssen das Recht ihrer Mitglieder notfalls stellvertretend einklagen können. Wir setzen uns für die Entwicklung neuer Vergütungs- und Bezahlmodelle jenseits der etablierten Verwertungskanäle ein und befürworten entsprechende Pilotprojekte.

(<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/xvii-fuer-eine-demokratie-in-der-es-etwas-zu-entscheiden-gibt/>)

---

6. Anders als für abhängig Beschäftigte gibt es für junge Selbständige und UnternehmerInnen keine attraktive Angebote zum Aufbau einer Altersvorsorge (die so genannte „Rürup-Rente“ ist gerade für junge Menschen im Gegensatz zur „Riester-Rente“ finanziell unattraktiv).

**Wie möchte Ihre Partei diese Situation ändern?**

DIE LINKE will die gesetzliche Rente zu einer echten Erwerbstätigenversicherung umbauen und dafür sorgen, dass die Rente aus der Gesetzlichen allein ausreicht, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Das heißt konkret: 53 Prozent Rentenniveau, wie vor den so genannten Rentenreformen 2000/2001. Und: alle sind mit ihrem jeweiligen Erwerbseinkommen in der Gesetzlichen Rentenversicherung versicherungspflichtig, auch PolitikerInnen, Beamte, FreiberuflerInnen und eben Selbständige. Dabei bemessen sich die Beiträge selbstverständlich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, so dass niemand mit den Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung überfordert wird. Für Selbständige muss dabei selbstverständlich stets die notwendige Liquidität gewährleistet sein.

Die teilweise Privatisierung der Rente war eine Fehlentscheidung, die zurückgenommen werden muss. Die öffentlich geförderte Riester-Rente schlägt mit viel zu hohen Abschlusskosten und niedriger Rendite zu Buche. Bestehende private Verträge, etwa Riester-Rente oder Verträge über berufsständische Versorgungswerke, können weitergeführt oder - je nach Wunsch - in die GRV überführt werden. Die staatlichen Zuschüsse werden in die GRV geleitet.

---

7. Viele schöpferisch tätige KreativunternehmerInnen sind in der Künstlersozialkasse (KSK) abgesichert.

**Wie möchte Ihre Partei das System der Sozialversicherung für diesen Personenkreis künftig gestalten?**

DIE LINKE will die Künstlersozialkasse (KSK) erhalten und ausbauen

(<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/ix-fuer-eine-vielfaeltige-partizipative-und-allen-zugaengliche-kultur/>)

Die sozialen Sicherungssysteme wollen wir an die Veränderungen in der Arbeitswelt anpassen. Sorgearbeit und Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie sollen besser in die soziale Sicherung einbezogen werden. DIE LINKE steht für eine soziale Sicherung, die statusunabhängig ist. Auch Selbständige haben ein Anrecht auf Ausgleichszahlungen im Krankheitsfall, Kinderkrankengeld und bei Mutterschutz. Hier müssen die Auftraggeber in die Pflicht genommen werden. DIE LINKE will Solo-Selbständige in die Erwerbslosen-, Gesundheits-, Renten- und Pflegeversicherung einbeziehen.

(<https://www.linksfraktion.de/themen/positionspapiere/detail/gute-arbeit-fuer-solo-selbststaendige-in-der-kultur-und-kreativwirtschaft/>)